

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Kassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Dieblich a. Rh., Rathausstraße 16. Telephon 41.

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten
Kleinzeile oder deren Raum 6 A,
Reklamazeile 12,50 A.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Zeidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Dieblich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorschich, Dieblich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 110

Dienstag, den 19. September 1922.

Postfachkonto
Frankfurt (Main) 10114

16. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 441.
Aufolge Anordnung des Herrn Justizministers werden vom 1. November d. Js. ab die Geschäfte der Amtsverwaltung für den Bezirk des Amtsgerichts in Hochheim der Amtsverwaltung übertragen werden. Der seitherige Amtswalt in Hochheim wird künftig nur noch die Hauptverhandlungstermine vor dem Schöffengericht deselbst wahrnehmen.
Frankfurt a. M., den 8. September 1922.
Der Generalstaatsanwalt.
In Vertretung: gez. Vemkes.

Nr. 442.
Den Ortspolizeibehörden des Kreises bringe ich meine Verfügung vom 18. Juli 1904 — 1. 7698 — betr. die Aufstellung der Katasterblätter für die gewerblichen Anlagen mit dem Auftrage in Erinnerung, mit der Auffertigung, bezw. Ergänzung der Blätter so zeitig zu beginnen, daß diese bis spätestens den 10. Oktober d. Js. hierher zur Vorlage gelangen können. Nach mache ich darauf aufmerksam, daß gemäß der oben gedachten Verfügung gleichzeitig die Zahl der vorhandenen Gast- und Schankwirtschaften anzuzeigen ist.
Wiesbaden, den 16. September 1922.
Der Landrat.

Nr. 443.
Die Herren Bürgermeister des Kreises werde ich hiermit zur genaueren Beachtung auf die im Regierungsblatt Nr. 36 unter Ziffer 676 abgedruckte Bekanntmachung vom 1. ds. Mts. betr. die Fortführung der Brandkataster ermahnen.
Wiesbaden, den 14. September 1922.
Der Landrat. J. B. Schrödt, Kreissekretär.

Nr. 444.
Die Herren Bürgermeister der weinbau-treibenden Gemeinden, welche meine Verfügung vom 16. 7. 92 — 1. 7776 — (Kreisbl. Nr. 480) noch nicht erledigt haben, werden an die Berichterstatterung hiermit erinnert.
Wiesbaden, den 13. September 1922.
J. B. Schrödt, Kreissekretär.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Dr. Momm's Amtsenthebung.
Coblenz, 15. September. Die Rheinlandkommission hat den von den politischen Parteien des Regierungsbezirks Wiesbaden und einer Anzahl wirtschaftlicher Verbände unterstützten Einspruch der Reichsregierung gegen die Amtsenthebung des Regierungspräsidenten Momm zurückgewiesen. Sie bekräftigt sich darauf zu wiederholen, daß sie auf Grund des Rheinlandabkommens berechtigt sei, alle Maßnahmen zu treffen, welche für die Sicherheit der Armeen notwendig seien und Beamten aus der deutschen Verwaltung zu entfernen, deren Tätigkeit für die guten Beziehungen zwischen den Besatzungsbehörden und den Behörden des Landes nicht vorteilhaft sei.

Der Reichslandbund zur Wirtschaftslage.
Berlin, 16. September. Der Reichslandbund erläßt eine Erklärung, in der er betont, unsere Wirtschaftslage erfordere unbedingt eine Steigerung der inländischen Produktion. Um die Landwirtschaft dazu in die Lage zu setzen, müßten ihr angemessene Preise für ihre Produkte und Kredite für die Düngerbefähigung gewährt werden. Der Reichslandbund empfiehlt ferner Kartellverträge, Fruchtanbau und völlige Freigabe des Inlandhandels.

Eine Tagung der Deutsch-nationalen Volkspartei.
In Berlin fand die Tagung der Parteiverammlung der Deutsch-nationalen Volkspartei statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Erfüllungspolitik der Reichsregierung bekämpft und die Politik entschlossener Ablehnung unmöglicher Forderungen der Entente verlangt wird. Weiter fordert die Entschließung, die Arbeitsleistung zu steigern und die Erzeugung zu vermehren, sowie den Krieg den eigenen Volksgenossen zu Preis zu liefern, welche die Not der Verbraucher nicht unerträglich gestaltet. Die zu treffenden Maßnahmen sollen von der Reichsregierung in enger Fühlung mit den Vertretungen aller Berufsstände und unter Wahrung der Rechte des Reichstages getroffen werden. Eine Neben-

regierung der sozialdemokratischen Gewerkschaften müsse entschieden abgelehnt werden. Endlich wird geordert, daß die Parole „Der Feind steht rechts“ in Wort und Tat zurückgenommen wird.

Die Reparationsfrage.

Hansen und Bradbury bei Lord George.
Paris, 16. September. Man meldet aus London dem „Reit Parisien“, daß auch der britische Delegierte Bradbury in London erwartet wird, wo er eine Besprechung mit Hansen haben soll. Man glaubt in London, daß Lord George Bradbury und Hansen am Montag früh im Downingstreet empfangen wird. Der Präsident der Reichsbank wird außerdem nicht nur mit Vertretern der Bank von England, sondern auch mit anderen hervorragenden Finanzleuten in London verhandeln.

Neuer Optimismus in Paris.

Paris, 16. September. Die Pariser Blätter haben von gestern auf heute wieder ihre Stellung gewechselt; sie hoffen eine friedliche Lösung für sicher, weil es sich jetzt nur um die Hinterlegung einer geringfügigen Geldsumme handelt, für die sich in London ein Arrangement finden könnte. Deshalb werde es Deutschland nicht auf einen ernstlichen Konflikt ankommen lassen. Am 15. Oktober könnten allerdings neue Schwierigkeiten entstehen.

Englische Sympathie für Belgien.

Entscheidung über Deutschland.
London, 16. September. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Hier wird größte Sympathie für die belgische Regierung gehegt, deren bewundernswerte Selbstbeherrschung bei der Unterhandlung mit Deutschland über den belgischen Anteil bei den Reparationen anerkannt wird. Es herrscht lebhaftes Entschlossen, ja sogar Bestimmung über die Haltung der deutschen Regierung, nicht ausgeglichen die des Reichskanzlers Dr. Brüning selbst, die sie weigert, den sehr mühsamen Forderungen Belgiens die geringste Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Reichsbank mag mit einer gewissen technischen Richtigkeit darauf verweisen, daß ihre autonome Verfassung es ihr nicht ermögliche, die notwendigen Transaktionen zu unternehmen, aber es gibt Mittel, Bedürfnisse zu befriedigen, die Berlin bisher höflich verweigert hat. In politischer Hinsicht wird ein derartiger Eigenwille als sehr unflug angesehen und es kann Deutschland nicht gestattet werden, auf unabsehbare Zeit dabei zu verharren.

London. Reichsbankpräsident Hansen hatte am Samstag eine Beratung mit den Gouverneuren der Bank von England.

Für den industriellen Weltfrieden.

London, 17. September. Reuter meldet aus Washington: Briten brachte im Repräsentantenhaus eine Entschließung ein, in der Präsident Harding ermahnt wird, im Interesse des industriellen Weltfriedens ihm geeignet erscheinende Schritte zu tun, um den sozialen und politischen Frieden in Europa wiederherzustellen. Die Entschließung sagt weiter, der Zeitpunkt erlaube günstig für eine neue Erwägung des Vertrages von Versailles und der Reparationsfrage. Es sei klar, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich nicht absetzen dürfe, bis die europäischen Regierungen sie einladen.

England.

London. Nach einer Blättermeldung beabsichtigt die Admiralgatt, keine alten Kriegsschiffe mehr in Deutschland abbrechen zu lassen. Die beiden letzten Schiffe wurden gestern von Schiffeppern nach Deutschland abgeschleppt; es waren die „Vellerothen“ und „Commonwealth“. — Nach einer „Times“-Nachricht wird der englische Kriegsminister sich am Mittwoch nach Köln begeben und dort vier Tage bleiben. Er wird mit den Generalen Degoutte und Allen zusammentreffen.

Geheimabkommen der Kleinen Entente.

Berlin. Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht den Text eines Geheimabkommens, das in Wien am 31. August anlässlich der Zusammenkunft der Staatsmänner der Kleinen Entente und Polens geschlossen wurde. In dem Abkommen heißt es: Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, gemeinschaftlich den status quo im mittleren und östlichen Europa zu verteidigen. Jede Bedrohung durch eine oder mehrere fremde Mächte gegen eine oder mehrere der vertragsschließenden Parteien wird als eine Bedrohung der Gesamtheit dieser Mächte betrachtet. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, für den Fall eines Krieges sich gegenseitig mit allen ihren Kräften zu unterstützen. Sie werden sofort ihre Generalstäbe miteinander

der in Verbindung setzen, um die gemeinschaftlichen Mittel, die am besten geeignet sind, die oben erwähnten Verpflichtungen durchzuführen, zu studieren.

Das Abkommensdokument, in dem es heißt, daß es nicht veröffentlicht werden soll, ist unterzeichnet von den Ministerpräsidenten der Tschechoslowakei und Jugoslawiens sowie den Ministern des Äußeren von Rumänien und Polen.

Berlin. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit, die wirtschaftliche Unsicherheit infolge des Marksturzes, insbesondere die Erschwerungen im Bezug ausländischer Rohstoffe haben stellenweise die Gefahr der Verminderung der industriellen Tätigkeit nahegelegt. Dies gibt Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Bestimmungen über die Pflicht zur Arbeitsförderung noch in Kraft sind. Entlassungen dürfen nur vorgenommen werden, wenn keine Verneuerung der Arbeitsgelegenheit durch Verknüpfung der Arbeitszeit möglich ist. Bei Entlassungen ist ein besonderer Schutz Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener vorzulegen.

Der Krieg in Kleinasien.

Athen. Agence d'Athènes stellt fest, daß die Meldungen, wonach die türkischen Truppen 100 000 Gefangene gemacht und 1000 Geschütze sowie 8000 Maschinengewehre erbeutet hätten, übertrieben seien. Die Gesamtstärke der Südgriechenarmee betrage 100 000 Mann. Nach den letzten Nachrichten von der türkischen Front wurde die letzte griechische Armee, die sich nach in Kleinasien befand, von der nationalistischen Armee gefangen. Es sind ungefähr 7000 Soldaten. Diese Armee stand unter dem Befehl des Generals Detradis.

Angedachte neue Offensivpläne Kemal.

Belgrad. Die Blätter berichten übereinstimmend, Kemal Pascha beabsichtige, mit seiner ganzen Macht gegen Konstantinopel und Adrianopel vorzugehen und Thrazien zu besetzen. Kemal werde, um in Thrazien einzudringen, Konstantinopel umgeben, um so schneller mit den Griechen fertig zu werden. Von bulgarischer Seite werden die Nachrichten über Zusammenstöße zwischen bulgarischen und griechischen Truppen sowie über vorbereitende Aktionen für ein militärisches Vorgehen Bulgariens gegen Griechenland auf Bestimmtheits in Abrede gestellt.

Die griechische Armee bolschewisiert.

Paris, 16. September. Flüchtlinge aus Smyrna, die in Copen eintraten, erklärten, Mustafa Kemal verdränge seinen Sieg der Türkei, daß die Hälfte der griechischen Armee sich bolschewistischen Ideen ergab. Sofort nach dem türkischen Angriff auf Asium Karabissar wurde revolutioniert. Die Reuter riefen: „Es lebe Lenin und Trotski!“ und warfen ihre Waffen fort. Sie verbrannten die Städte, durch die sie kamen und gaben ihre gefangene Artillerie preis.

Der Brand von Smyrna.

Paris. Nach den über die Katastrophe von Smyrna hier vorliegenden Nachrichten sind mindestens drei Fünftel der Stadt eingeeäschert. Das europäische Viertel mit seinen modernen Geschäftshäusern, seinen reichen Villen und Lagerhäusern liegt völlig in Asche. Der Schaden wird auf mindestens 2½ Milliarden Francs beziffert. Das einzige Viertel, das von den Flammen verschont blieb, scheint das türkische zu sein. Trotzdem halten die französischen Verleumdungen fest, daß das Feuer von den Griechen gelegt worden sei. Die Zahl der Toten ist auch noch nicht annähernd abgeschätzt. Nach Meldungen aus London sollen die Straßen voll von Leichen liegen. Auch zahlreiche Europäer scheinen ums Leben gekommen zu sein. Unter den Toten befinden sich u. a. der Direktor des englischen Postamtes mit seiner Frau und der Metropolit der griechischen Kirche. Athener Meldungen, wonach die Türken auch in dem europäischen Viertel Massakres veranfaßt haben, und daß u. a. auch Mitglieder des amerikanischen Konsulats niedergemetzelt worden seien, werden mit Vorsicht aufzunehmen sein.

London, 16. September.

Die „Daily Mail“ veröffentlicht ein Telegramm ihres Sonderberichterstatters, der die Feuersbrunst von Smyrna vom Bord eines Kreuzers mit anfah. Ein türkischer General habe ihm gesagt, daß das Feuer von den Armeniern angelegt wurde, welche große Mengen von Waffen und Munition angelammet hatten, und als sie sahen, daß sie den Türken nicht mehr entgegen könnten, ein Viertel an neun verschiedenen Stellen in Brand steckten. Nach dem Korrespondenten ist die Lage der überlebenden Einwohner verzweifelt. Man schätzt die Zahl der Personen, die, falls sie sich nicht retten, nicht verpönanisiert werden können und zum Hungertode verurteilt sind, auf 100 000.

Kleine Mitteilungen.

Celzig. Der Präsident des Staatsgerichtshofes beabsichtigt den Beginn des Rathenapropages auf den 3. Oktober festzusetzen.

Belegung der Stützpunkte. Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Köln, die im Reichsverkehrsministerium eingelaufen ist, herrscht im dortigen Bezirk wieder Ruhe. Die Stützpunkte gilt als besetzt.

London. Die englische Regierung teilte in Washington mit, daß sie die Schulden an Amerika in vollem Umfange zurückzahlen wolle.

Rom, 15. September. Den Zeitungen zufolge sei bei der König an einer Augenentzündung, die eine Bruchfellentzündung nach sich gezogen hat, welche zu einem gewissen Zeitpunkt einen chirurgischen Eingriff notwendig machte. Man befürchtet aber, daß der König wieder vollständig hergestellt ist.

Die Ausweise der Besatzungstruppen und ihrer Angehörigen.

Coblenz. Um Streitigkeiten zu vermeiden, wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder, Beamten und Angehörigen der internationalen Rheinlandkommission und deren Familien sowie die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Besatzungstruppen und deren Familien Reisepässe berechnigt. Der Ausweis der einzelnen Personen, die zur Rheinlandkommission gehören, ist je nach ihrer Stellung von verschiedener Färbung. Die Ausweise der Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften und deren Familien sind je nach der Besatzungszone verschieden. Der Ausweis enthält aber stets Namen, Vornamen, Stand, Geburtsdatum, Unterschrift des Inhabers und ein Bildnis, sowie Stempel und Unterschrift des betreffenden Oberbefehlshabers oder eines von ihm bevollmächtigten Offiziers. — Die Rheinlandkommission hat ohne Angabe von besonderen Gründen den Bereich inaktiver Offiziere und die Vereiniung ehemaliger Minenwerfer-Offiziere im besetzten Gebiet verboten.

Die Gebietsumlage.

Der Reichsfinanzminister hat mit Rücksicht auf den weichen günstigen Ausfall der Hochdruck-ernte und die daraus sich ergebende stärkere Belastung der Landwirtschaft durch die Gebietsumlage in Aussicht gestellt, daß die durch die Gebietsumlage entstandenen oder entstehenden Verluste bei Abfertigung des ersten Umlagebetrags durch höhere Preise für das zweite und dritte Umlagejahr ausgeglichen werden sollen. Die mit einer schweren Krise der Volksernährung zusammenhängenden Umlageausfälle legen erneut die Notwendigkeit nahe, für eine größtmögliche Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion reitzende Sorge zu tragen. — Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat ausdauernde Verhandlungen über eine Kredithilfe zwecks Beschaffung von Produktionsmitteln angeknüpft.

Der Bezug von Marktbrot.

Die Verordnung, wonach zum Bezug von Marktbrot nur Personen berechtigt sein sollen, deren Einkommen 1921 ein Einkommen von 30 000 Mark betrug, 15 000 Mark für jeden in gemeinsamen Haushalt verpflegten Haushaltsangehörigen nicht um mehr als das Vierfache übersteigt, wird jetzt veröffentlicht. Die kommunalen Verbände haben ihre Maßnahmen so zu treffen, daß der Ausfall der zum Bezug von Marktbrot nicht Berechtigten am 16. Oktober wirksam wird. Sie können bestimmen, daß die öffentliche Brotverteilung auf Antrag eintritt, und daß diejenigen, welche die öffentliche Brotverteilung beanspruchen, den Nachweis für das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 1 erbringen. Der Reichsbrotbestellstelle ist auf Befunden Auskunft über die nach § 1 getroffenen Maßnahmen zu erteilen, und zum Zwecke der Klärung des Bedarfsanteils die Zahl der aus der öffentlichen Brotverteilung ausgeschlossenen anzuzeigen.

Stündung der Kohlensteuer.

Berlin. Dem deutschen Kohlenbergbau ist die im September für den Monat August fällig werdende Kohlensteuer in Höhe von etwa vier Milliarden Mark durch das Reichsfinanzministerium gestundet worden, weil die Werte sonst nicht in der Lage wären, die erheblich gesteigerten Kohlenabgaben, die im September etwa sieben Milliarden Mark betragen werden, zu bewerkstelligen. Nach den letzten Preisberichten sei die Kohlensteuer auf einen Jahresbetrag von 120 Milliarden Mark zu veranschlagen.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Ein Kindergelangenwettkampf unter den Lehrlingen des Landkreises Wiesbaden wird in Gemeinschaft mit dem vom Wiesbadener Stadt- und Landverband für Selbsthilfen am 1. Oktober in der Halle der Erbenheimer Aemthaus geplanten Jugendwettkampfs stattfinden. Knaben und Mädchen im Alter bis 14 Jahren werden getrennt Wettkämpfe führen. Die Singzeit ist für jede Schule auf 5 bis 8 Minuten berechnet. Es kommt immer nur ein Lied in Frage. Jeder Schule ist es freigestellt, ihre Sänger resp. Sängerinnen aus einer oder mehreren Klassen zu wählen, doch soll keine Gesangsgruppe mehr als 40 Kinder zählen. Die besten Klassen finden in Form einer Urkunde ihre Belohnung. Die Belohnung, die als Sieger hervor- geht, erhält den Sonderpreis.

Ein paar Minuten lang verlor sich Sabine in Betrachtung der Photographie, dann überfiel den mit großen energischen Schriftzügen bedeck-

